



Minister schlägt vor oberösterreichische, steirische und burgenländische Kinder im Stich zu lassen!

„Die österreichischen SozialarbeiterInnen fordern das Aus für das föderale „Pflasterlpicken“ und eine einheitliche Lösung für ein Kinder- und Jugendhilfegesetz auf Bundesebene, ohne unsere Kinder gegen Geld abzuwägen“ betont die Vorsitzende des Österreichischen Berufsverbandes der SozialarbeiterInnen (obds) Maria Moritz anlässlich der medialen Aussagen des Bundesministers für Familien Reinhold Mitterlehner.

Der letztverantwortliche Minister für den Kinderschutz schlägt eine 2-Klassen Unterstützung für Kinder in Österreich vor. Als Familienminister gesteht er damit Kindern und Familien aus Wien mehr Rechte zu als Kindern und Familien aus dem Burgenland.

Offensichtlich sind unsere Kinder es nicht wert, das notwendige Geld in die Hand zu nehmen, um sie besser zu schützen und ihnen damit eine kindgerechte Zukunft zu ermöglichen, so Maria Moritz weiter. Jedes einzelne Kind ist leidtragend im Streit um die Kostenübernahme.

SozialarbeiterInnen der Jugendwohlfahrt erhalten dadurch nicht die nötigen Ressourcen, um den Kinderschutz in Österreich zu verbessern. Beim derzeitigen Vorschlag kann Martin aus Tirol davon ausgehen, dass seine Situation nach dem 4-Augen-Prinzip betrachtet wird. Sarah aus Oberösterreich hätte dieses Recht nicht!

Der derzeit vorliegende Entwurf für das KJHG wurde seit dem Erstentwurf bereits massiv verstümmelt und entspricht nicht den Minimalforderungen der Expertengruppe. In Wirklichkeit ist österreichweit eine massive Aufstockung der professionellen Ressourcen und der Hilfen für Familien erforderlich, aber nicht ein Hick-Hack zwischen Bund und Ländern um die Kosten. „Dieser Streit lenkt vom eigentlichen Problem ab“ zeigt die Vorsitzende des obds klar auf.

„Es ist erforderlich, den Kindern und ihren Familien ein ausführliches Recht auf Unterstützung im Fall einer Gefährdung und Überforderung einzuräumen“ betont Maria Moritz. Anstatt die Jugendwohlfahrt angesichts der komplexen Problemstellungen aufzuwerten, wird eine zielführende Hilfe durch derartige Vorschläge nur abgewertet. Die qualifizierten SozialarbeiterInnen der Jugendwohlfahrt leisten täglich professionelle Arbeit unter schwierigsten Bedingungen. Zugleich wird das Recht unserer Kinder auf vermehrten Schutz und Unterstützung in einer unsäglichen politischen Diskussion missachtet.

Alle Kinder und Jugendlichen in Österreich haben das gleiche Anrecht auf Hilfen ohne Ansehen des Wohnortes und des Bundeslandes, in dem sie leben.

Die Bundeskonferenz und die Vorsitzende des Österreichischen Berufsverbandes der SozialarbeiterInnen kann derzeit keine Politiker ausmachen, die den Schutz und die Zukunft der Kinder in Österreich über den politischen Streit stellen.

Die Bundeskonferenz des obds